

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Angewandte die Lebensversicherungs...  
Angebot für Kapitalien aus den...  
Angebot für Kapitalien aus den...  
Angebot für Kapitalien aus den...  
Angebot für Kapitalien aus den...

Angewandte die Lebensversicherungs...  
Angebot für Kapitalien aus den...  
Angebot für Kapitalien aus den...  
Angebot für Kapitalien aus den...  
Angebot für Kapitalien aus den...

Telegramme: Kapschall Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Ams. Postfach-Nr. 1019

Nr. 123

Dienstag, den 27. Mai 1924

19. Jahrgang

### Reichstagsbeginn.

Vom unermüdeten Berliner Mitarbeiter.

Der große Tag ist da. Wenn nicht das Jahr, da diese Seiten geschrieben werden, noch nicht ganz durchsichtige Probleme der Regierungsbildung eine Verzögerung verursacht, dann werden heute nachmittags um 3 Uhr die seit dem 18. März verfaßten Bestimmungen Klingeln. Experten und Schornen im Reichstagsgebäude, entzündet und frisch geölt, wieder ihr unharmonisches aber durchdringendes Getöse erheben, und die neuwählten, zum Teil nur neu bestellten Volksboten werden in dem Halbrund der Bankreihen des Sitzungssaales ihre Plätze suchen. Der Alterspräsident, aller Voraussicht nach der sozialdemokratische Abg. Wilhelm Bode, der im April 1848 geboren ist, auch schon dem letzten Reichstag und der Nationalversammlung angehört hat und wie der Reichstagspräsident Vöbe Redakteur ist, wird die konstituierende Sitzung eröffnen und zunächst leiten.

Diese erste Sitzung wird, von der etwas zeitraubenden Abwicklung der vorgeschriebenen Formalitäten abgesehen, ein Ereignis von besonderer Bedeutung sein, und das Interesse der Öffentlichkeit bekennt sich ja zur Genüge in der Tatsache, daß schon seit langen Tagen alle Tribünenkarten für die Dienstsitzung vergeben sind. Diese Tatsache hat allerdings auch einen anderen, weniger harmlosen Hintergrund. Es ist bekannt geworden, daß die Kommunisten gleich die erste Gelegenheit zu einer tatkräftigen Bekundung ihrer antiparlamentarischen Einstellung und zu lebhaften Vorkämpfen benutzen wollen. Sie wollen sich keineswegs darauf beschränken, im Sitzungssaal selbst das Erscheinen ihrer besonderen Freunde von rechts, namentlich des Abg. Ludendorff, mit demonstrativer Entrüstung zu begrüßen, die sie so gut zu spielen verstehen und die zu einem Teil ihrer von Moskau so gut honorierten Pflichten gehört. Sie wollen auch die Tribüne für ihre Redapläne einspannen und haben unter dem Vorwand, sich sofort bei Beginn der Reichstagsession für die politischen Gesandenen einzusetzen zu wollen, alle ihnen verfügbaren Zulasskarten an möglichst exaltierte und aufgewiegelt Parteiläufer verteilt. Diese sollen auf ein Stichwort aus dem Saale von der Tribüne aus „demonstrieren“, um das Vorhaben der kommunistischen Fraktion zu unterstützen. Man darf annehmen, daß die Rechte sich der Unterstützung ihrer Freunde für die Abwehr solcher Pläne versichert und die ihr zur Verfügung stehenden Tribünenkarten entsprechend verteilt hat. Es kann sich also für den Herrn Alterspräsidenten eine wenig erfreuliche Situation ergeben, die jedoch zu starrer Handhabung der Geschäfts- und Hausordnung zwingt. Der Abg. Bode, wenn er zu diesem Amt berufen ist — macht trotz seiner Jahre keineswegs den Eindruck des bewussten Greises auf dem Dache, und er dürfte durch den Präsidenten Vöbe zweifelsfrei unterrichtet sein. Vöbe selbst war ja wiederholt gezwungen, wilde Stürme zu meistern. Er hat sich gestützt auf die ordnungsmäßigen Möglichkeiten, begabt mit einer klugen und entschiedenen persönlichen Art und unterstützt von der ordnungsliebenden Mehrheit des Hauses, stets durchzusetzen vermocht. Immerhin hat der verfloßene Reichstag able Szenen erlebt, von denen er sich selbst bestimmt abwenden mußte, und man kann dem neuen Hause nur aufrichtig wünschen, daß ihm solche Ausschreitungen und Tumulte erspart bleiben. Nicht nur in seiner ersten Stunde, sondern dauernd. Die Wahl des Präsidenten wird dabei von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein, und man möchte hoffen, daß sie ebenso glücklich ist wie die, die den bisherigen Verwalter dieses schwierigen Amtes berief. Die Weber-Feier Vöbes, die noch keineswegs außerhalb des Bereiches der Möglichkeit liegt, solange das tatsächliche Fraktionsverhältnis zwischen Deutschnationalen und Landbund nicht geklärt ist, wäre ganz gewiß nicht die schlechteste Lösung.

Der Übergang der ersten Sitzung wird der sein, daß die Mitglieder einzeln in alphabetischer Reihenfolge aufrufen werden, sodas man die neuen Männer und Frauen des Reichstages kennen lernen wird. Dieser Aufruf, der zur Kontrolle unter Umständen wiederholt werden muß, ist verhältnismäßig zeitraubend, gibt aber Gelegenheit, nicht nur die einzelnen Persönlichkeiten, sondern auch die Gruppierung der einzelnen Fraktionen ins Auge zu fassen die bekanntlich auf einige Schwierigkeiten gestoßen ist welche durch die beengten Raumbelhältnisse noch vermehrt wurden. Immerhin hat jeder der 472 Abgeordneten nun seinen Platz, alle Fraktionen mit Ausnahme der kleinsten Gruppen sitzen in dem Halbrund keilförmig eingeordnet, sodas die Fraktionsführer in der vorderen Bankreihe untergebracht sind, und nur die Junglinge sind zum Teil eingezogen, zum Teil benetzt worden. Da aber an normalen Sitzungs-

tagen nur ein Bruchteil der Abgeordneten im Saale anwesend ist, so wird sich die Raumknappheit nur an den sogenannten großen Tagen geltend machen, zu denen freilich der Tag der Eröffnung in erster Linie zu rechnen ist.

Das der Namensaufruf ergeben, daß eine genügende Anzahl der neu gewählten Volksvertreter zur Stelle ist, so ist die nächste und zugleich letzte Aufgabe des Alterspräsidenten, die Vornahme der Präsidentenwahl. Nach einem Brauch, der sich bewährt hat, ist man aber dazu übergegangen, diesen sehr umständlichen Wahlakt, der durch die weiteren Wahlhandlungen für die Vizepräsidenten, Schriftführer usw. überaus zeitraubend ist, und der sich nur durch vorherige Vereinbarungen zwischen den Fraktionen etwas vereinfachen läßt, erst in der 2. Sitzung vorzunehmen, das wäre diesmal am Mittwoch. Bis dahin wird sich zu entscheiden haben, ob tatsächlich die Deutschnationalen und der Landbund sich zu einer Fraktionsgemeinschaft verschmelzen in einer Weise, die den Vorschriften entspricht, und damit eine größere Fraktionsstärke erreichen, als die Sozialdemokraten. Man kann es verstehen, daß angesichts der zu befürchtenden scharfen Zusammenstöße, auf die die radikalen Gruppen direkt hindrängen, den durch langjährige Erfahrung gewöhnten Sozialdemokraten das Präsidentenamt diesmal nicht besonders erstrebenswert erscheint, sondern daß sie einem Deutschnationalen diese aufreibende Aufgabe gönnen möchten. Von solchen Stimmungsmomenten aber kann die Entscheidung nicht abhängen. Sie liegt bei der Gesamtheit des Reichstages, die gleich bei ihrem ersten Zusammentreten zu zeigen haben wird, ob sie ein arbeitsbereites und arbeitsfähiges Parlament darstellt, wie das deutsche Volk es dringend braucht.

### Der Rücktritt des Reichskabinetts.

Die Reichsregierung hatte in ihren Sitzungen vom 6. und 15. Mai 1924 beschlossen, bis zum Zusammentritt des Reichstages im Amte zu bleiben. In Verfolg dieses Beschlusses hat die Reichsregierung gestern erneut zu dieser Frage Stellung genommen und einstimmig beschlossen, dem Reichspräsidenten ihre Demission zu überreichen.

Der Reichspräsident hat die Demission angenommen und das Reichskabinet mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte beauftragt.

### Die Deutschnationalen beteiligen sich an der Regierungsbildung.

Die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, der Deutschen Volkspartei ihren Entschluß mitgeteilt, sich an der Regierungsbildung in der ihrer Stärke entsprechenden Weise zu beteiligen. Die Antwort der deutschnationalen Fraktion, die an die bereits erfolgte Nominierung des Großadmirals von Tirpitz als geeigneter Persönlichkeit für die Bildung einer arbeitsfähigen Regierung erinnert, enthält Vorschläge für eine Einigung zwischen den für eine Regierungsbildung in Betracht kommenden Parteien. Eine gewisse Kontinuität (Stabilität) mit der abtretenden Regierung soll gewahrt werden, die deutschnationale Fraktion dürfe aber die deutschen Unterhändler nicht mit gebundenen Händen dem Ausland gegenüberstellen. Wie weiter verlautet, beantragt die Deutschnationale Volkspartei die Stellung des Reichstagspräsidenten.

Wie aus der Umgebung des Reichspräsidenten mitgeteilt wird, soll dieser geneigt sein, noch einmal eine Reichstagswahl stattfinden zu lassen, die dann unter dem Zeichen des Sachverständigenberichts liegen würde.

### England informiert sich über die Stellungnahme des Reichstags.

Rotterdam, 26. Mai. Die „Morning Post“ meldet, der deutsche Botschafter war am Freitag früh bei Lord Halifax. Wie verlautet, war der Besuch von Macdonald gewünscht, der über die Stellungnahme des deutschen Parlaments zu dem von der deutschen Regierung angenommenen Expertenbericht informiert zu sein wünschte. Die „Times“ melden, in den Besprechungen zwischen Stamer und Halifax wurde auch die Frage der Räumungsfragen der besetzten Gebiete erörtert; in dieser Frage scheint eine Annäherung zwischen dem deutschen und dem englischen Standpunkte sich vorzubereiten.

Deutschland bezahlt Besatzungskosten. Der „Temps“ meldet, daß am Freitag eine weitere deutsche Kontogahlung von 22 Millionen Mark für die Besatzungskosten durch die Reparationskommission überwiesen worden ist.

Die „Grün-Rote Fahne“ verboten. Der Volksetzungsrat von Berlin hat die an Stelle der „Roten Fahne“ in Berlin zur Verbreitung kommende kommunistische „Volkswacht“ für „Kommen“ aus denselben Gründen, aus denen er zum Verbot der „Roten Fahne“ und der „Roten Fahne“ für die Provinz Brandenburg und die Lausitz“ genötigt war, verboten. Das Verbot dauert bis zum 14. Juni d. J.

### Die Tagung des Hansabundes.

Der Hansabund hielt am Sonnabend und Sonntag in Hamburg eine Tagung ab, bei der zunächst der Reichstagsabgeordnete Professor Dr. Nieber als Ehrenpräsident des Hansabundes eine Rede hielt über die Ziele dieser Vereinigung, als deren Wesentlichstes er den kategorischen Imperativ der Pflicht gegen das Vaterland bezeichnete. Im Mittelpunkt der Tagung stand eine Rede des Reichsbankpräsidenten

Dr. Schaack über die deutsche Währungspolitik. Nach einer ausführlichen Würdigung der heutigen Politik der Reichsbank erklärte der Redner zur Frage der Auslandskredite, es sei zur Verhütung des Auslands und der ausländischen Kreditgeber, von denen Deutschland in den letzten Zeiten sehr viel Gutes erfahren habe und denen es dafür danke, gesagt: Solange sich die Kredite auf die anständigen deutschen Wirtschaftskreise erstreckten könnten sie davon überzeugt sein, daß der deutsche Kaufmann keine Kredite in Anspruch nehmen werde, die er nicht zurückzahlen in der Lage sei. Im übrigen seien kurzfristige Auslandskredite genügend vorhanden, langfristige Investitionen werde aber Deutschland erst erhalten, wenn es auf Grund des Dawesgutachtens eine Stabilität in seiner Wirtschaft erzielt haben werde. Auch der Landwirtschaft müßten langfristige Anleihen zugeführt werden. Voraussetzungen für die Stabilität im Falle einer Lösung der internationalen Schwierigkeiten in der Lage sein, deutsche Warenmärkte in der Welt in ähnlicher Weise wie feinerzeit Argentinien und Mexiko zu plazieren. Wir werden schloß Dr. Schaack, zu einem neuen Gebelken unserer Wirtschaft nicht kommen, wenn wir nicht einen friedlichen Ausgleich mit den Wirtschaften anderer Völker finden. Ich hoffe, daß die Einigkeit in diesem internationalen Zusammenhang auf der anderen Seite stark genug ist, um uns einen Schritt in unseren Schwierigkeiten entgegenzukommen. Ich sehe einen solchen Schritt auch auf dem Gebiete der Kolonialpolitik. Deutschland darf nicht auf ewig von der Kolonialwirtschaft ausgeschlossen werden. Es würde eine Entlastung der internationalen Lage sein, wenn man Deutschland einen Auslaß in die Welt hinaus gibt. Ich glaube, daß der Kampf, den wir geführt haben, auch dem Ausland die Augen geöffnet hat. Wir sehen eine Stimmung in der Welt, beherrscht von dem Gedanken, los von dem internationalen Haß, zurück zur friedlichen internationalen Welt, zum Warenaustausch zwischen den Völkern, der nicht nur einem Bande, sondern allen Völkern und Völkern dient.

Nach dieser Rede und einer folgenden Prosa der Präsident des Hansabundes Reichstagsabgeordneter Fischer über das Thema:

Wirtschaft und Sachverständigengutachten. und betonte, daß die Reichsregierung den Sachverständigenbericht angenommen habe, daß aber mit dieser Annahme der Protest gegen den Versailler Vertrag durchaus nicht aufgehoben sei. Das Gutachten selbst stelle keine endgültige Lösung des Reparationsproblems dar. Voraussetzung für Reparationsleistungen ist die Aufgabe der von Frankreich und Belgien bisher durchgeführten Rhein- und Ruhrpolitik. Die Herstellung internationalen wirtschaftlichen Vertrauens ist unumgänglich, wenn die absolute Belastung der deutschen Wirtschaft durch die Reparationen in einer Höhe fixiert bleibt, die jeglichen Eigennutzen des in der deutschen Wirtschaft arbeitenden Kapitals von vornherein auf Jahrzehnte unmöglich macht. Die konkreten Vorschläge des Gutachtens gehen von sehr erheblichen volkswirtschaftlichen Geschicklichkeiten aus.

Der Redner ging dann näher auf die großen Schäden ein die Deutschland durch den Versailler Vertrag erlitten hat: Gebietsverluste, Kolonien verloren, Handelsflotte geraubt, Oberschlesien zerrissen, Ruhr besetzt und letzte Klar, daß Deutschland nur unendlich schwer die Ueberschüsse herausarbeiten könne, mit denen das Sachverständigengutachten rühne. Vor allem aber sei die schwerste Bestimmung die Verkaufsverpflichtung, die dem von der Reparationskommission eingesetzten Eisenbahntariffkommissar übertragen werden soll. Hier muß es Aufgabe der deutschen Außenpolitik sein, mit allem Nachdruck auf eine Ausführungsbeschränkung zu drücken, die jede nur irgendwenn denkbare Sicherheit für die Obligationäre vorzieht, die Prektion des Verkaufs aber von dem deutschen Reichsbahnunternehmen nimmt. Welches Interesse politischer Art kann bei den privatrechtlichen Gläubigern, den Inhabern der Eisenbahnbonditionen, bestehen, die doch nur ihre Sinnen und ihre Amortisationsquote aus dem Geschäft ziehen wollen? Hier liegt eine Unübersichtlichkeit der Motive dieser Vorschläge vor, die uns berechtigt, durch Verhandlungen die völlige Tendenz dieses Berichtsteils klarzulegen und seine Änderung zu erstreben. Es müßte doch klargemachen